

Meinung

Nahverkehr

Realitätsferne Schnapsidee

PETER NEUMANN

Sollten U- und S-Bahnen in Berlin eine Erste Klasse bekommen? Ja, heißt es in einer weltweiten Studie zum Nahverkehr, für die das Weltwirtschaftsforum, die Universität St. Gallen und die Boston Consulting Group verantwortlich zeichnen. Eine Premiumklasse mit WLAN und komfortablen Sitzen könnte das Dreieinhalbfaible des Normaltarifs kosten. Dafür könnten die übrigen Tarife um ein Fünftel sinken. Eine gute Idee? Nein, absolut nicht.

Sicher, die meisten S-Bahn-Systeme bieten eine erste Klasse an. Doch die Berliner S-Bahn hat seit 1946 nur noch eine Wagenklasse zu bieten. Ideen, sie wieder einzuführen, stießen Mitte der 1990er-Jahre auf Spott und Ablehnung. Zu Recht, denn deren Nutzer hätten hinter einer Glästür wie auf dem Präsentierteller gesessen. Berlin ist nicht die Stadt, in der zur Schau getragenen Wohlstand goutiert wird. Nicht nur im Osten herrscht ein teils aggressiver Egalitarismus. Gleichheitswahn gehört zur Berliner DNA.

Personal müsste darauf achten, dass niemand unberechtigt in die First Class eindringt. Während die Hamburger solche Zonen der Privatheit brav respektieren, dürfte das in Berlin schwierig werden – zumal abends und am Wochenende, wenn das Business-Publikum ganz sicher nicht den Nahverkehr nutzt.

Fraglich ist, ob jemand wirklich zehn Euro in eine S- oder U-Bahn-Fahrt investiert. Dass jemand Geld hat, bedeutet nicht, dass er es für Dienstleistungen ausgibt, die er seit Jahrzehnten gemieden hat – zumal wenn weiterhin der Tesla in der Garage steht. Dass die Fahrgäste vor Corona kaum gestiegen sind, lag auch daran, dass Auto fahren in Berlin immer noch gut möglich ist. Wer BVG und S-Bahn mehr Kundenschaft verschaffen will, sollte Parkgebühren erhöhen sowie Straßen verschmälern – und allen Bus- und Bahnern gute Angebote machen.

Lebensmittel

Falscher Zeitpunkt

ANNE-KATTRIN PALMER

Das Jahr neigt sich dem Ende zu, die Corona-Krise hat die Menschen im Griff, Strom und Gas werden teurer und auch die Lebensmittelpreise steigen. Für viele Familien bedeutet das, den Gürtel noch enger zu schnallen.

Da klingt es etwas sonderbar, dass gerade jetzt Cem Özdemir als neuer Bundeslandwirtschaftsminister das Essen zum Luxusgut erheben möchte und es mit Autos gleichsetzt, die seiner Meinung nach mehr wertgeschätzt werden. Manchmal habe er das Gefühl, ein gutes Mineralöl sei uns wichtiger als ein gutes Salatöl. Daher dürfe es für Lebensmittel keine Ramschpreise mehr geben.

Da kann man nur entgegnen: Falscher Zeitpunkt, Herr Özdemir. Heute schon sind Lebensmittel für viele Luxusgut. Vor allem für 13,4 Millionen Menschen, die in Deutschland von Armut betroffen sind.

Es ist natürlich dringend notwendig, eine Landwirtschaft umzubauen, die jahrzehntelang auf Massentierhaltung und Legehennen-Batterien gesetzt hat. Immer mehr Menschen wissen, dass es mit der Tierhaltung so nicht weitergeht. Viele wollen sich gesünder ernähren. Doch das muss auch bezahlbar sein. Manche Menschen können für ein Salatöl mit Bio-Qualität eben keine 18 Euro ausgeben, sondern höchstens drei Euro.

Özdemir wird es als Minister nicht leicht haben. Er muss den Spagat zwischen Tierschutz und Armut hinbekommen. Wenn ihm das gelingt, ist das loblich. Taktisch unklug aber ist es, die Menschen mit erhobenem Zeigefinger die Menschen auf gesündere Lebensgewohnheiten zu trümmern und ihnen noch ein schlechtes Gewissen einzureden. Oder mit Vorschriften das Dicksein zu reduzieren, indem Fertigprodukte weniger Zucker enthalten sollen. Eine gesunde Lebensweise ist wichtig. Aber die Zeche darf nicht nur der Verbraucher zahlen.



Zitat

„Wir müssen dringend anfangen, viel genauer zu differenzieren, was können wir uns erlauben und was nicht? Denn einen Tag X, juhu, nun ist alles vorbei, den wird es nicht geben. Das ist wie ‚Warten auf Godot‘.“

Andreas Beck, Intendant des Münchner Residenztheaters, in der Süddeutschen Zeitung über Theater in der Pandemie

Auslese

Zu viel steht auf dem Spiel

Die Neue Zürcher Zeitung kommentiert die von Vertretern Russlands und der USA geplanten Gespräche: „Der russische Präsident gibt Tempo und Thema vor, bedroht weiter die Ukraine mit Truppen, und die Amerikaner gehen darauf ein. Wo aber sind die Europäer, über deren Sicherheit verhandelt werden soll?“ The Observer aus London schreibt: „Die jüngsten Drohungen von Wladimir Putin beziehen sich nicht mehr nur auf die Ukraine. Der russische Präsident hat den Umfang seiner Forderungen immer weiter ausgedehnt, so dass sie nun auch Verteidigungs- und Sicherheitsvereinbarungen in ganz Europa betreffen.“

Die spanische El Mundo meint: „Wladimir Putin hat sich bei seiner Pressekonferenz wieder das Mäntelchen des Opfers umgehängt. Er sieht sich vom Westen belagert. Oder besser gesagt, er greift zum selben Trick, der ihm in der Vergangenheit bereits so gut gelungen ist: sich seinen Bürgern als Garant für die Verteidigung und Integrität einer Heimat zu präsentieren, die der Kreml als ständig von Feinden aller Art bedroht darstellt, insbesondere den USA und der EU.“

In der Frankfurter Rundschau heißt es zu Putin: „Wenn die von ihm genannten Probleme – wirtschaftliche und demografische Entwicklung, medizinische Versorgung und viele andere – gelöst werden sollen, dann braucht Russland internationale Zusammenarbeit. Hier liegt eine Chance. Die Erfahrungen mit Putin zeigen, dass diese Chance klein ist. Aber sie nicht zu nutzen, ist keine Option. Es steht zu viel auf dem Spiel – für die internationale Sicherheit und auch für die vielen Menschen in Russland, die das Regime ertragen müssen.“ (pi.)

Wirtschaft

Vernunft gegen den Blues



FABIAN HARTMANN

Es gal, wohin man schaut: Die Stimmung ist schlecht. Fast scheint es, als wäre die deutsche Wirtschaft zum Jahresende in einen kollektiven Winterblues verfallen. Die Inflation: hoch. Das Wachstum: nahe null. Die Aussicht: ungewiss. Es sind unverkennbar dunkle Wolken am konjunkturellen Horizont aufgezogen.

Manche Branchen trifft es – schon wieder – knüppelhart. Der pandemieplagte Einzelhandel konnte auch das traditionell starke Weihnachtsgeschäft abhaken. Durch 2G-Regelungen kamen weniger Kunden in die Innenstädte. Zusätzlich sorgen Lieferprobleme für Frustration: Vor allem bei Unterhaltungselektronik und elektronischen Haushaltsgeräten gibt es Engpässe. Der angeschlagene Warenhauskonzern Galeria musste erneut Staatshilfe beantragen. Ob das Kaufhaus als Konzept überlebt und wie die Innenstadt der Zukunft aussieht – auch das ist, wie so vieles, in diesem zweiten Pandemiewinter ungewisster denn je.

#Längst hat sich die Hoffnung zerschlagen, dass Corona zwar zu einem wirtschaftlichen Einbruch führt, es danach aber steil bergauf geht. Das konjunkturelle V, also ein kurzer heftiger Abschwung, der ebenso schnell kompensiert ist, hat sich nicht erfüllt. Das Virus ist tückisch. Immer wieder schlägt es zu – und bremst die Erholung aus. Ökonomen räumen inzwischen ein, dass es wohl noch bis Sommer nächsten Jahres dauern wird, ehe der robuste Aufschwung einsetzt. Doch auch diese Prognose ist mit Unsicherheit behaftet. Und an Bedingungen geknüpft. Es muss gelingen, die Pandemie einzudämmen. Auch die Lieferketten dürfen nicht weiter stocken. Ein Aufschwung im Konjunktiv.

Die Corona-Krise hat gezeigt, wie anfällig die Weltwirtschaft ist. In einer arbeitsteiligen Welt reichen schon lokale Ereignisse, etwa Naturkatastrophen, aus, um die ganze Produktion – und damit Geschäftsmodelle – zu gefährden. In einer Pandemie wird das Problem global. Aktuell sind Vorprodukte

wie Halbleiter und Chips, aber auch Rohstoffe knapp und teuer. Der Materialmangel hat in der deutschen Industrie im Dezember einen Rekordwert erreicht: 81,9 Prozent der Firmen klagten über Engpässe und Probleme bei der Beschaffung. Es ist paradox: Die Auftragsbücher sind voll – doch die Unternehmen können die Produktion nicht hochfahren.

Für die Wirtschaftspolitik ist eine solche Situation herausfordernd. Klassische Rezepte wie Steuererleichterungen oder mehr staatliche Investitionen helfen der Konjunktur nicht, sie würden verpuffen. Oder noch schlimmer: Die Inflation weiter befeuern. Schon heute steht einer in der Krise angestraute Nachfrage kein adäquates Angebot gegenüber. Es war richtig, dass Regierungen weltweit in Vorleistung gegangen sind, um den Absturz ihrer Volkswirtschaften zu verhindern. Doch zur Wahrheit ge-

hört auch: Die expansive Fiskal- und Geldpolitik hat die Gütermärkte erreicht. Die Zeit der stagnierenden Preise ist vorbei. In den USA droht bereits die berüchtigte Lohn-Preis-Spirale. Dabei handelt es sich um eine Art selbst erfüllende Prophezeiung: Da die Gewerkschaften damit rechnen, dass die Preise steigen, fordern sie höhere Löhne, die zu noch höheren Preisen führen – und erneut höhere Lohnforderungen nach sich ziehen. In der Folge steigt die Inflation immer weiter.

Die Federal Reserve hat bereits angekündigt, aus der lockeren Geldpolitik auszusteigen. Die US-Notenbank will nicht nur ihre Anleihenkäufe vorzeitig beenden. Auch der Leitzins soll im kommenden Jahr bis zu dreimal angehoben werden. Zugegeben: Die Situation in den Staaten, wo ein Wohlfahrtsstaat als Puffer in der Rezession fehlt, die Fiskalpolitik also einspringen muss, ist nicht eins zu eins auf den europäischen Binnenmarkt zu übertragen. Doch auch die EZB täte gut daran, ein Signal an die Märkte zu senden. Inflation wird erst ein Problem, wenn sich Erwartungen verselbstständigen. Doch dann ist es meist zu spät.

Einfache Lösungen für die makroökonomischen Probleme gibt es nicht. Falsch wäre es aber, die Globalisierung zurückzudrehen zu wollen. Natürlich kann man – wie Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) es tut – darüber nachdenken, bestimmte Industrien wie Chiphersteller ins Land zurückzuholen. Ein solcher Schritt sollte aber die Ausnahme sein. Kosten und Nutzen müssen übereinstimmen. Die Arbeitsteilung ist ein hohes Gut, von der gerade ältere Länder profitieren.

Und überhaupt: Solange das Virus zirkuliert, werden Politik und Wirtschaft im Krisenmodus verbleiben. Es gibt nur einen Weg zurück in die Normalität. Wir müssen die Pandemie endlich besiegen. Dabei helfen weder Konjunkturpakete noch eine straffere Geldpolitik oder protektionistische Diskussionen. Sondern nur eines: unsere Vernunft.

Kolumnen

Meine Mutter liest meine Artikel nicht

MIRAY CALISKAN

Meine Mutter liest meine Artikel in der Berliner Zeitung nicht. Weil sie sie nicht versteht. Ihre Deutschkenntnisse reichen gerade einmal aus, meine veröffentlichten Texte gewissen Themenbereichen wie der Pandemie zuzuordnen. Das war's. Sie interessiert sich durchaus dafür, worüber ich so schreibe, mit wem ich so rede, was ich alles gelernt habe.

Und ich fasse für sie manchmal auf täglicher, manchmal auf wöchentlicher Basis meinen Kenntnisstand zusammen und erkläre ihr beispielsweise, was in der Corona-Krise vermutlich noch auf uns zukommen wird. Sie gibt mir manchmal Ratschläge, welche Themen ich unbedingt noch recherchieren müsse.

Dass türkischstämmige Menschen nicht interessiert sind an Deutschland, sich abends nur türkische Nachrichten in regierungskritischen Sendern ansehen, sich besudeln und verblassen lassen durch die Reden Recep Tayyip Erdogans – dieses Vorurteil musste ich mir in den verschiedensten Kontexten anhören.

Zumindest für meine Familie kann ich sagen: Die Sprachkenntnisse meiner Mama reichen zwar nicht für die Lektüre deutscher Zeitungsartikel – aber sie hört sich jeden Tag jeweils vormittags und abends in einem türkischen Radiosender die wichtigsten Nachrichten aus Deutschland an. Erst gibt es eine Zusammenfassung auf

Deutsch, dann auf Türkisch. Sie interessiert sich natürlich auch für ihr Heimatland, vor allen Dingen weil ihre Familie dort lebt. Das ist doch auch normal, oder nicht? Selbst ich interessiere mich für das, was politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich in der Türkei passiert, obwohl es wenig mit meinem Leben zu tun hat.

Und ja, es macht meine Mutter traurig, dass sie deutsche Nachrichten, konkret meine Artikel, nicht lesen kann, sie schämt sich gar dafür. „Meine Tochter ist eine Journalistin, aber ich verstehe kein Wort ihrer Arbeit“, sagte sie mal, mehr zu sich selbst als zu mir. Genauso geht es meiner Tante, die

zeitgleich mit meiner Mutter nach Mannheim ausgewandert ist. Es setzt den beiden zu, weil sie mit Zeitungen groß geworden sind. Mein Opa habe früher, als die beiden noch jung waren, mindestens zwei Zeitungssubscriptions gehabt, erzählten sie. Mein Opa habe am Frühstückstisch von der ersten bis zur letzten Seite alles gelesen und die Zeitungen an seine Kinder weitergegeben – das war Alltag. Journalismus hat in den Augen meiner Mutter also schon aus melancholischer Sicht einen besonders großen Stellenwert.

Mein Papa war mein größter Fan, mein treuester Leser. Er führte mehr als 40 Jahre lang ein Reisebüro in Ludwigshafen am Rhein, war ein wahrer Autodidakt und Geschäftsmann – und konnte durch seine Tätigkeit als Selbstständiger auch besser Deutsch als meine Mama, die mit den Kindern zu Hause blieb. Regelmäßig durchforstete er das Internet nach meinen Artikeln und druckte sie sogar dann aus, wenn sie in der Printausgabe der Zeitung auf dem Esstisch im Wohnzimmer lagen. Und abends, wenn er nicht zu müde von der Arbeit war, stellte er mir Fragen, sollte er etwas nicht verstanden haben.

Meine Eltern mögen zwar nicht alles verstehen oder verstanden haben, worüber ich so schreibe. Aber sie haben sich stets bemüht. Meine Mutter tut es als 68-Jährige noch heute.

Berliner Zeitung

PFlichtblatt der Börse Berlin

Herausgeber: Dr. Michael Maier

Redaktionelle: Tobias Miller

Textchef: Bettina Cosack

Reporter: Bettina Cosack, Tobias Miller

Dossier: Anja Reich

Ressorts

Politik & Gesellschaft: Christine Dankbar

Welt & Nationen: Dr. Michael Maier

Wirtschaft & Verantwortung: Katharina Brene

Kultur: Harry Nutz

Lernen & Arbeit: Eva Conio

Gesundheit & Leben: Rolf Schneidewer

Sport & Leidenschaft: Christian Kather (Kom.)

Chef Fotoredaktion: Paulus Ponizak

Die für das jeweilige Ressort an einer Stelle genannten sind

verantwortliche Redakteure im Sinne des Berliner Pressegesetzes.

Chef Print: Ingo Preißler

Art Direktor: Heike Fischer

Chefin Open Source: Wiebke Hollerens (Kom.)

Leserbriefen Redaktion: +49 30 33 11-457

E-Mail: leser-blz@berliner-verlag.com

Redaktion: BV Berliner Tageszeitungen GmbH

Geschäftsleitung: Dr. Miro Schiebelbein, Jan Schmidt

Alte Jakobstr. 105, 10969 Berlin

Verlag: Berliner Verlag GmbH

Geschäftsleitung: Dr. Miro Schiebelbein, Christoph Stiller

Postadresse: 11509 Berlin, Besucher: Alte Jakobstr. 105, 10969 Berlin

Telefon: +49 30 23 27-9; Fax: +49 30 23 27-55 33

Anzeigen: BVZ Anzeigenzeitungen GmbH, Geschäftsleitung:

Dr. Miro Schiebelbein, Edzard Maska

Postfach 11 05 06, 10835 Berlin;

Anzeigenannahme: +49 30 23 27-99

E-Mail: anzeigen@berliner-verlag.com

Traueranzeigen: E-Mail: traueranzeigen@berliner-verlag.com

Es gilt Anzeigenpreisliste gültig seit 1.1.2021.

Druck: BV Berliner Zeitungsdruck GmbH

Geschäftsleitung: Steffen Helmrich, Christoph Stiller

Am Waserwerk 11, 10365 Berlin,

Internet: www.berlinerzeitungsdruck.de

Leserservice Abo: +49 30 23 27 77, E-Mail: leserservice@berliner-verlag.com

Die Print-Ausgabe und das E-Paper der Berliner Zeitung erscheint werktags

Mo-Fr sowie als Wochenendausgabe samstags im Berliner Verlag.

Mit dem Digital-Abo der Berliner Zeitung erhalten Sie

jederzeit Zugang zu allen Artikeln auf berliner-verlag.de.

Alle Angebote und die dazugehörigen Preise finden Sie auf unserer

Internetseite aboshop.berliner-verlag.de

Im Falle höherer Gewalt wie bei Arbeitskampf (Streik/Ausspannung) besteht kein Belieferungs- und Entschädigungsanspruch.

Erfüllung und Gerichtsstand Berlin-Kreuz